

**„Wir bezeugen, dass die natürliche Welt Gottes Schöpfungswerk ist.
Wir wollen sie schützen und verantwortungsvoll nutzen.“**

(aus dem Sozialen Bekenntnis der Evangelisch-methodistischen Kirche)

Linz, am 20.5.2023

Mit wachsender Sorge nehmen wir die immer sichtbarer werdenden Folgen der Klimakrise wahr. Die Menschheit zerstört durch den Raubbau an der Natur, die Ideologie grenzenlosen Wachstums und die viel zu geringe Bereitschaft, auf den massiven Gebrauch fossiler Brennstoffe zu verzichten, die Lebensgrundlage gegenwärtiger und zukünftiger Generationen. Von der Klimakrise sind die Ärmsten am stärksten betroffen, obwohl sie am wenigsten dazu beitragen. Klimaschutz ist daher auch immer eine Frage der Gerechtigkeit zwischen Arm und Reich.

Im Sinne des Sozialen Bekenntnisses der Evangelisch-methodistischen Kirche sehen wir es als Verantwortung jeder einzelnen Person, einen Beitrag zur Bewahrung der Schöpfung zu leisten. Die Klimakatastrophe lässt sich jedoch nicht nur durch das Engagement einzelner Personen lösen. Sie erfordert das Engagement aller und setzt die Veränderung von Rahmenbedingungen des sozialen Miteinanders voraus. Dazu braucht es mutige und klare Entscheidungen der politischen Verantwortungsträger zugunsten einer zukunftsorientierten und klimagerechten Politik, selbst wenn sich damit nicht immer kurzfristige politische Erfolge feiern lassen.

Viele Menschen drücken ihre zunehmende Verzweiflung gegenwärtig in Form von gewaltfreiem Protest aus. Als Kirche teilen wir ihre Sorgen und solidarisieren uns mit ihren Forderungen. Wir fordern politisch Verantwortliche und die Medien auf, dies ebenso zu tun. Äußerungen, die die vorgebrachten Sorgen bagatellisieren, lehnen wir ebenso entschieden ab wie verunglimpfende Bezeichnungen (Stichwort „Klimaterrorismus“), die legalen Formen des Protests den Anschein der Kriminalität geben. Wir fordern ein Eingeständnis der kritischen Situation, in der wir uns befinden, und die Bereitschaft, sich den Herausforderungen zu stellen.

Als Evangelisch-methodistische Kirche schließen wir uns den von zahlreichen NGOs und Fachleuten aus der Wissenschaft¹ gestellten Forderungen an die Österreichische Bundesregierung an:

- Österreich braucht umgehend ein tragfähiges Klimaschutzgesetz, das das Recht auf Klimaschutz in der Verfassung verankert

¹ So wurde z.B. im Jahr 2020 im Rahmen des Klimavolksbegehren von 380.590 Wahlberechtigten das Recht auf Klimaschutz in der Verfassung sowie flächendeckende Versorgung mit klimafreundlicher Mobilität gefordert.

- Österreich braucht eine eindeutig klimabewusste und umweltorientierte Mobilitäts- und Verkehrspolitik
- Österreich braucht ein klares Bekenntnis zum EU-weit beschlossenen Aus für Verbrennungsmotoren im Kfz-Bereich ab 2035
- Österreich braucht konsequente, wirksame Maßnahmen und langfristige Strategien für die Reduktion klimaschädlicher Treibhausgase
- Österreichs politische Verantwortungskörperschaften brauchen einen Dialog, insbesondere mit den jüngeren Generationen, um mit ihnen gemeinsam eine Vision für eine lebenswerte Zukunft zu entwickeln
- Österreich braucht solidarische und nachhaltige Sozialleistungen, um einkommensschwächere Haushalte, die besonders von der Klimakrise betroffen sind zu entlasten

Für die Jährliche Konferenz (Synode) Evangelisch-methodistischen Kirche in Österreich

Stefan Schröckenfuchs
Superintendent

Esther Handschin
Schriftführerin der Konferenz

Ergeht an

- Bundeskanzler Karl Nehammer, MSc
- Vizekanzler Mag. Werner Kogler
- Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie Leonore Gewessler, BA
- Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz Johannes Rauch
- Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft Mag. Dr. Martin Kocher
- Staatssekretärin im Bundeskanzleramt Claudia Plakolm